

**Haben wir alle von allem genug?**In jüngster Zeit mehrte sich die Zahl der Autoren, die diese Frage mit Ja beantworteten. Albrecht Müller widerspricht ihnen.

In Anbetracht wachsender Armut, findet er die pauschale Analyse, wir lebten in einer Überflussgesellschaft, arrogant. Er setzt auf Erwerbsarbeit und Wachstum.

# Entscheidend ist, was wächst

Produktionssteigerung bringt Arbeitsplätze, garantiert Wohlstand und sichert den Platz im internationalen Wettbewerb / Von Albrecht Müller

Beginnen wir mit dem zentralen Vorschlag, der Einführung eines Grundeinkommens beziehungsweise eines Bürgergelds. Der ver.di-Bereichsleiter Jugend in Hessen, Volker Koehnen, schreibt in der Frankfurter Rundschau vom 1. Juli 2005: „Jeder Staatsbürger bekommt vom Staat einen monatlichen Betrag zur Verfügung gestellt, mit dem er seine Existenz langfristig sichern kann. Das ‚Neue‘ daran im Unterschied zum erwerbsfähigen Einkommen ist, dass dieser Betrag jedem zusteht – ob er arbeitet oder nicht. Das Grundeinkommen ist nicht gekoppelt an eine Gegenleistung, die zu erbringen wäre. Es wird gezahlt – einfach nur aufgrund der Tatsache, dass ein Mensch hier lebt und Teil der Gesellschaft ist.“

Zur Höhe dieses Betrages macht Koehnen keine Zahlenangaben, aber er nennt eine konkrete Orientierung: Er soll so hoch sein, „dass er jedem ein existenzsicherndes Leben ermöglicht“. Gerechnet hat Koehnen offenbar nicht.

Versuchen wir es: Wenn wir uns an den Sozialhilfesätzen orientieren, dann kommen wir auf ein existenzsicherndes Einkommen von 700 bis 800 Euro pro Monat. Nehmen wir vorsichtshalber 700 Euro und multiplizieren dies mit der Anzahl der Erwachsenen in Deutschland von rund 65 Millionen, dann kommen wir auf Gesamtausgaben für das Grundeinkommen von jährlich 546 Milliarden Euro. Das ist rund das Doppelte des Bundeshaushalts von circa 270 Milliarden. Woher soll dieses Geld kommen? Würde man sich bescheiden und darauf beschränken, nur (!) den gesamten – und nicht den doppelten – Bundeshaushalt für das Grundeinkommen zu verwenden, dann käme man auf ein Grundeinkommen von rund 350 Euro im Monat. Leider ist das nicht mehr existenzsichernd.

Allein schon diese einfachen Berechnungen belegen, dass mein Urteil, es handle sich um abstruse Vorstellungen, mehr als berechtigt ist. Und wer muss in dieser schönen neuen Welt der arbeitslosen Grundeinkommen noch arbeiten und wer hat das Vergnügen, sich nur der Muse hinzugeben. Der Sturm auf die arbeitslosen Grundeinkommen wäre vermutlich ziemlich groß, stimmt nicht, dass Wachstum nicht mehr möglich ist.

Aber nicht nur die Therapie auch die Analysen sind höchst seltsam.

Es werde immer deutlicher, „dass Wachstum nicht einfach weiter gesteigert werden kann, wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf einmal ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Die dann noch möglichen Wachstumsraten erfolgen in aller Regel ohne Ausweitung von Arbeitsplätzen oder führen sogar zum Abbau von Arbeitsplätzen“, heißt es bei Hans Dieffenbacher und Volker Teichert. Das stimmt nicht.

Die erreichten Wachstumsraten sowohl in Deutschland wie auch bei vergleichbaren anderen Industrieländern sind im Zeitablauf sehr verschieden ausgefallen. In den USA sind in den neunziger Jahren mehrmals über vier Prozent reales BIP-Wachstum erreicht worden. In Schweden gab es anfangs der neunziger Jahre einen massiven Einbruch mit dreimal einem Minuszeichen vor der „Wachstums“-Rate und dann von 1994 bis 2000 viermal hintereinander Wachstumsraten von über vier Prozent, danach Werte zwischen einem und zwei Prozent. Nirgendwo steht geschrieben, dass es demnächst nicht wieder drei oder vier Prozent sein könnten. Es gibt keine Gesetzmäßigkeit abnehmender Wachstumsraten.

Auch in Deutschland gibt es keinen gesetzmäßigen Abstieg. Soweit es einen gibt, ist er gemacht. Nach einer Durststrecke in den achtziger Jahren wurden Ende der achtziger Jahre 3,7 und 3,9 Prozent und dann im Einheitsboom 5,7 und fünf Prozent reales Wachstum erzielt. Dann wurde die Konjunktur 1992 gründlich abgewürgt und dann noch einmal 2001 – mit der Folge, dass wir seit 1992 gerade mal ein durchschnittliches Wachstum von 1,3 Prozent erreichten. Dieses miserable, unterhalb der Produktivitätswachstum liegende Wachstum ist nicht die Folge des hohen hohen wirtschaftlichen Niveaus, das wir erreicht haben. Es ist die Folge einer falschen Makropolitik.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben andere Länder – zum Beispiel Schweden, die USA, Österreich – viel höhere Wachstumsraten erreicht. Gelten für diese Länder andere Grundbedingungen?

Schon allein der Blick zu den verwandten und vergleichbaren Volkswirtschaften müsste den Autoren klarmachen, dass ihre Analysen abwegig sind. Zitieren wir noch einmal Volker Koehnen: „Was soll die Industriegesellschaft tun, deren einst tragendes Fundament – Erwerbsarbeit und Vollbeschäftigung – bröckelt? Was soll demokratische Politik tun, wenn die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates



Es gibt immer etwas zu tun: Der „Hammering man“ – Wahrzeichen vor dem Meseturm in Frankfurt am Main – wurde neun Monate lang repariert.

nicht mehr gegeben sind? Will man den Kollaps unseres Gemeinwesens verhindern, muss ein alternatives gesellschaftliches Leitbild demokratischer Politik jenseits der Vollbeschäftigung entworfen werden.“

Nirgendwo wird vom Autor belegt, dass und warum die Erwerbsarbeit nicht weiter das tragende Fundament der Existenz der Menschen und der Gesellschaft ist. Es wird auch nicht gesagt, wie es ohne Erwerbsarbeit gehen soll.

Das Hauptproblem der Gewerkschaften heute ist, dass der Arbeitsmarkt völlig aus dem Gleichgewicht geraten ist. Wer Arbeitskräfte nachfragt, kann unter einer Reservearmee von Arbeitslosen auswählen. Wer Arbeit nachfragt, muss zig Bewerbungen schreiben. Die Arbeitnehmer sitzen hoffnungslos am kürzeren Hebel; das schwächt ihre Marktmacht; das setzt sie permanent Erpressungen aus: Drohung mit der Verlagerung der Produktion, der Drohung mit Lohnkürzungen und/oder mit Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich. Die erkaufte Rechte der Arbeitnehmerschaft werden in einer solchen ungleichgewichtigen Situation auf dem Arbeitsmarkt immer weniger wert. Sie sind nur dann wieder etwas wert, wenn wieder einigermaßen Wettbewerb, das heißt Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt herrscht. Das geht nur, wenn ein höherer Grad von Beschäftigung, am besten Vollbeschäftigung, erreicht wird. So schwierig es ist, der Vollbeschäftigung wieder nahe zu kommen, es muss das Hauptziel der Gewerkschaften sein. Andernfalls können sie sich – bildlich gesprochen – einen Strick kaufen.

Es gibt auch volkswirtschaftlich betrachtet überhaupt keinen Grund, dieses Ziel aufzugeben. Es gibt genug zu tun. Ich kann jene gut verstehen, die davor warnen, die Energie- und Treibstoffvergeudung der USA auf andere wachsende Volkswirtschaften weltweit zu übertragen, gut verstehen. Ich kann jene gut verstehen, die vor weiterer Motorisierung warnen, weil sie sich vorstellen können, was ein solches Wachstum, übertragen auf China oder Indien, für die ökologische Belastung des Erdballs und des Klimas bedeutet. Aber ich kann nicht verstehen, warum sie diese Sorgen dann auf unsere jetzige Situation in Deutschland meinen übertragen zu können. Wir stecken in einer tiefen Rezession, und zur Überwindung dieser Rezession und der bedrückenden Arbeitslosigkeit ist es notwendig, mehr Beschäftigung und mehr Wachstum zu erreichen. Ob dies ökologisch verantwortbar ist, hängt einzig davon ab, was wächst.

Es gibt in unserem Land sehr viel zu tun, das ökologisch unbedenklich oder sogar förderlich ist: Wenn wir die Schüler-Lehrer-Relation verbessern, wenn wir begründete und von Bäumen nicht mehr umsäumte Bachläufe renaturieren, wenn wir Handwerker statt Eltern Klassenräume reparieren und streichen lassen, wenn wir unsere Universitäten modernisieren, wenn die Aus-

siedler- und Ausländerkinder ausreichend Sprachunterricht bekommen, wenn sich alle Familien, die wollen, Ferien und gelegentlich ein schönes Essen in der nächsten Gastwirtschaft leisten können – was ist daran ökologisch bedenklich? In allen diesen Fällen und bei vielen anderen sonstigen Möglichkeiten der Produktion von Gütern und Dienstleistungen gilt übrigens nicht, was Wolfgang Sachs einfach so behauptet: „Mit steigendem BIP geht abnehmender Wohlstand einher.“

Mit der Produktion wächst auch der Wohlstand. Dass wachsende Produktion mit sinkendem Wohlstand verbunden sein kann, weiß man seit langem. Das war ja zum Beispiel einer der Kerne der Debatte um die so genannten „external diseconomies“, also um die externen Kosten, die vom Produzenten nicht einkalkuliert werden, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen nicht entsprechend gesetzt werden. Die Ökosteuer zum Beispiel ist der einigermaßen gelungene Versuch, die Rahmen so zu setzen, dass wenigstens ein Teil der externen Kosten in die betriebswirtschaftlichen Kalkulationen hinein gezwungen wird.

Gerade ökologisch interessierte Zeitgenossen sollten bedenken, welche Folgen die hohe Arbeitslosigkeit und die Sorgen der Menschen um ihren Arbeitsplatz für die Bereitschaft haben, sich für ökologische Belange zu interessieren, zu engagieren und den Politikern zuzugestehen, dass sie ökologisch vernünftig handeln. Hier gilt die bittere alte Erfahrung: Erst das Fressen, dann die Moral. Ob uns das gefällt oder nicht.

Wer als Politiker nicht mehr dafür sorgt, beziehungsweise schon das Ziel aufgibt, möglichst allen Menschen eine berufliche Perspektive und einen Arbeitsplatz zu geben, der wird ihre Herzen nicht für ökologische Anliegen zu öffnen vermögen. So gesehen ist ökologisch vernünftige Politik eng verknüpft mit Wachstumspolitik. Das gilt jedenfalls für die jetzige Situation und auf absehbare Zeit. In zehn, 20 oder 30 Jahren kann man anders denken und entscheiden, das will ich nicht ausschließen.

Unterschwellig – und zum Teil offen formuliert – schwingt bei den Wachstumsskeptikern und Propagandisten des Grundeinkommens die Sorge mit, die Produktivität sei zu hoch, deshalb gingen Arbeitsplätze verloren, deshalb auch könnten wir uns künftig den Luxus leisten, auf Erwerbsarbeit zu verzichten und auf der Basis eines Grundeinkommens kreativ, nach eigenen Geschmack oder einfach nur so in den Tag

hinein leben. Dabei schwingt weiter mit, dass unsere Bedürfnisse insgesamt gesättigt seien. An diesen Vorstellungen stimmt vieles nicht:

Bei der Vorstellung von Sättigung und Überproduktion mischen sich auf seltsame Weise die Erfahrungen einer gesättigten Wohlstands-Mittel- und Oberschicht mit alten vulgär-marxistischen Vorstellungen von der Selbsterledigung und Verwertungskrise des Kapitalismus.

Meine Bedürfnisse mögen ja einigermaßen gesättigt sein. Aber wer mit offenen Augen in Berlin U-Bahn oder in Gelsenkirchen Straßenbahn fährt, sieht schon an der Kleidung der Menschen, dass die Sättigungstheorie eine arrogante Theorie der Mittel- und Oberschicht ist. Es wachsen auch immer neue Generationen nach, die auch leben wollen und dafür Güter und Dienste in Anspruch nehmen und nicht unbedingt in den Möbeln ihrer Großeltern wohnen wollen. Wer alleine an der Allgegenwart von Handys und der üppigen Ausstattung mit Fernsehern und Video misst, ob die Bedürfnisse dieser jungen Generation gesättigt sind, vertut sich.

Außerdem gibt es große gesellschaftliche Bedürfnisse, Bedürfnisse die durch Erwerbsarbeit gestillt werden können. Außer den zuvor schon genannten Beispielen wären zu nennen: Reparatur und Ausbau der Infrastruktur, in vielen Gemeinden ist die Kanalisation marode, der öffentliche Nahverkehr könnte in vielen Teilen unseres Landes noch einen Schub gebrauchen; junge Paare, die Beruf und Familie verbinden wollen, brauchen die nötigen Einrichtungen für ihre Kinder, und so weiter. Wer von der Vorstellung ausgeht, die Bedürfnisse der Menschen seien gesättigt, irrt. Dass in Anbetracht der Informationen, die in letzter Zeit zum Anwachsen der Armut in Deutschland bekannt wurden, ein Autor pauschal von Überflusgesellschaft schreiben kann, ist schon eigenartig.

Immer wieder wird uns erzählt, die Produktivität sei so hoch, dass das damit verbundene Wachstum keine Arbeitsplätze mehr schaffe. Die Produktivität laufe sozusagen dem Wachstum davon. Empirisch ist das nicht nachzuweisen, eher das Gegenteil: Selbst in unserem von falscher Wirtschaftspolitik gebeutelten Land sind Phasen hohen Produktivitätszuwachses auffallend oft

verbunden mit Phasen hohen Wachstums des Bruttoinlandsproduktes und zeigen in der Regel auch sinkende Arbeitslosenquoten. Dass dies in der wachstums- und produktivitätskritischen Debatte anders gesehen wird, hat viel damit zu tun, dass diese Autoren einzelwirtschaftlich denken. Sie übertragen, was für einen einzelnen Betrieb gelten mag, auf die gesamte Volkswirtschaft. Wenn ein Betrieb eine neue, viel produktivere Produktionsanlage installiert und damit die Arbeitsproduktivität der Mitarbeiter erhöht und den Umsatz nicht ausweitet, dann wird er Arbeitskräfte „freisetzen“, wie es so unschön heißt. Ein typischer Vertreter dieser einzelwirtschaftlichen Sichtweise ist Ulrich Beck. Er besucht vor Jahren einmal einen Betrieb von BMW, erfährt, dass dort immer mehr Roboter eingebaut werden und schloss in einem Essay messerscharf, dass der Kapitalismus die Arbeit abschafft. Das ist typisch für die einzelbetriebliche Betrachtungsweise; hier wird ohne Beachtung der volkswirtschaftlichen Anpassungsprozesse geurteilt. Diese Kritik gilt auch für Jeremy Rifkin, der eine Art neuer Erfinder der Behauptung vom „Ende der Arbeit“ ist. So sehr ich sein Engagement für das soziale Element in den europäischen Gesellschaften schätze, in seinem Buch vom Ende der Arbeit fand ich keinen schlüssigen Beleg für seine These. Behauptungen werden nicht dadurch richtig, dass sie immer wiederholt und von verschiedenen Absendern formuliert werden.

Die Volkswirtschaft insgesamt wird mit steigender Produktivität wettbewerbsfähiger. Wie die gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzbilanz am Ende aussieht, hängt ganz wesentlich auch von makroökonomischen Faktoren ab, also auch davon, ob die Nachfrageseite in der gesamten Volkswirtschaft stimmt. Genauer davon, ob die Wirtschaftspolitik darauf achtet, der Produktivitätsentwicklung entsprechend die Einkommen und Kaufkraft der Menschen auch wachsen und damit der Binnennachfrage freieren Lauf zu lassen. Dass es daran in Deutschland spätestens seit 1992 mangelt, wissen alle, die sich mit Makroökonomie beschäftigen und nicht zur neoliberalen Glaubensgemeinschaft gehören.

In den vergangenen Jahren – von 2001 bis heute – haben wir besonders niedrige Produktivitätszuwächse. Es müsste nach der allenthalben verkündeten Lehre heute also noch relativ gut um die Sicherung von Arbeitsplätzen stehen. Das ist offenbar nicht so und müsste alleine schon zu denken geben.

Spätestens dann jedoch müsste die Sorge und Skepsis gegenüber dem Produktivitätsfortschritt verschwinden, wenn man sie mit einer anderen Sorge zusammenbringt: Mit der Angst wegen des Alterwerdens unserer Gesellschaft würde die junge Generation zunehmend überlastet, weil sich die Relation von zu versorgenden Älteren zu den arbeitenden Jungen zulasten der Jungen verschiebt. Wenn diese Sorge richtig ist, dann braucht man sich nicht um den Zuwachs der Produktivität zu sorgen. Dieser Zuwachs ist das beste Mittel, um mit dem Anwachsen der so genannten Alterslast fertig zu werden – weil sich die Masse des zu verteilenden vergrößert und Jung und Alt etwas davon abbekommen könnten.

## DER AUTOR



**Albrecht Müller**, Jahrgang 1938, ist Publizist sowie Politik- und Unternehmensberater. Von 1970 bis 1972 erarbeitete er maßgeblich die Strategie des Wahlkampfs von

Willy Brandt (SPD). 1973 bis 1982 war er Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Brandt und Helmut Schmidt.

Sein neuestes Buch „Die Reformlüge“ (Droemer/Knaur Verlag 2004) beschäftigt sich kritisch mit dem Einfluss neoliberaler Wirtschaftstheorie auf Medien und Politik.

Der dokumentierte Text erschien zuerst im Internet unter: [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

## Frankfurter Rundschau

Verleger bis 1973: Karl Gerold

Druck und Verlag:  
Druck- und Verlagshaus  
Frankfurt am Main GmbH

Chefredakteur:  
Dr. Wolfgang Storz

Stellvertretende Chefredakteure:  
Axel Bernatzki, Stephan Hebel

Verantwortliche Redakteure: Arnd Festerling (Politik); Burkhard von Pappenheim (Nachrichten); Christoph Albrecht-Heider (Ressort Reportage); Harry Nutt (Feuilleton/Medien); Werner Balsen (Wirtschaft); Stefan Kuhn (Hessen/Rhein-Main); Corinna Willführ (Frankfurt); Ulrike Spitz (Sport); Martin Scholz (Magazin); Janko Puls (Online); Hiltrud Thöne (Produktion & Gestaltung).  
Weitere leitende Redakteure: Dr. Matthias Arning, Lutz Fischer, Ulrike Füssel, Claus-Jürgen Göpfert, Regine Herrmann, Astrid Hülscher, Monika Kappas, Karl-Heinz Karisch, Brigitte Kols, Christian Thomas, Mario Müller, Daniel Riegger, Ursula Rüssmann, Katharina Sperber, Brigitte Spitz, Pitt von Bebenburg, Joachim Will; Ausbildung: Werner Neumann; sämtlich Frankfurt am Main.  
Berliner Büro: Knut Pries, Dr. Richard Meng (stell.).  
Redaktion und Verlag, Postanschrift: D-60266 Frankfurt am Main, Hausadresse: COLOSSEO, Walther-von-Cronberg-Platz 2-18, 60594 Frankfurt am Main, Telefon 0 69 / 2 19 91. Telefax Anzeigen: 1 31 00 30; Vertrieb: 21 99 32 64; Internet: [www.fr-aktuell.de](http://www.fr-aktuell.de).  
Berliner Büro: Reinhardtstraße 33, 10117 Berlin, Telefon 0 30 / 2 80 05-0.

Geschäftsführer:  
Hans Peter Volz,  
Jens Berendsen

Verantwortlich für Anzeigen:  
Alexander Neetzwow  
Herstellung: Dr. Thomas Göbner  
Vertrieb und Logistik: Sönke Reimers  
Sämtlich: Frankfurt am Main

Anzeigenpreise laut Liste Nr. 62 vom 1. Januar 2005. Erscheint täglich außer sonn- und feiertags. Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung in Hessen € 28,75; Trägerzustellung übriges Bundesgebiet und Postbezug € 30,95; ermäßigter Bezugspreis für Studierende, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende und Auszubildende € 17,75 (gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung); alle genannten Preise inkl. 7 % Umsatzsteuer. Monatsbezugspreis Ausland: Streifenband € 36,70; ermäßigter Bezugspreis € 23,45; Luftpostpreise auf Anfrage. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung. Für unverlangte Einsendungen übernehmen wir keine Verantwortung. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages ist unzulässig und strafbar. Insbesondere ist die Einspeicherung und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer Form vertriebenen Zeitung in Datenbanksystemen ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Alle Rechte vorbehalten. Druck: Druckzentrum Neu-Isenburg, Rathenaustraße 29, 63263 Neu-Isenburg. Gerichtsstand: Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau (USPS 011-355) is published daily by Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, 60266 Frankfurt am Main. Periodicals postage paid at Champlain N.Y. and additional mailing offices. Address changes should be sent to IMS of N.Y., 100 Walnut St. #3, P.O. Box 1518, Champlain, N.Y. 12919-1518. For details call: IMS at 1 (800) 428-3003.

## REDAKTION

REDAKTION: Katharina Sperber  
INTERNET: [www.fr-aktuell.de](http://www.fr-aktuell.de) / [doku@fr-aktuell.de](mailto:doku@fr-aktuell.de)  
E-MAIL: [doku@fr-aktuell.de](mailto:doku@fr-aktuell.de)  
TELEFON: 069/2199 3673; FAX: 069 2199 3720  
DIESE DOKUMENTATION IST ZIRKA VIER WOCHEN LANG KOSTENLOS ABRUFBAR UNTER DER INTERNETADRESSE DER Frankfurter Rundschau